MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 23/0331
410 - Fachbereich Rechtliche und wirtschaftliche Jugendhilfe			Datum: 29.08.2023
Bearb.:	Hintze, Daniela	Tel.:-807	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	14.09.2023	Anhörung

Koordinierungsstelle Inobhutnahme

Entwicklung eines kooperativen Verbundes zur Versorgung von Inobhutnahmen in den Kreisen Segeberg, Stormarn, Pinneberg, Herzogtum-Lauenburg und der Stadt Norderstedt

Sachverhalt

Die Folgen der anhaltenden Flüchtlingskrise, schon beginnend im Jahr 2015, der Corona Pandemie und der aktuellen Krise um den Krieg in der Ukraine, wirken sich auf alle Bereiche der Jugendhilfe aus und stellen öffentliche wie auch freie Träger vor große Herausforderungen.

Der gleichzeitige dramatisch zunehmende Mangel an Arbeits- und Fachkräften in allen Bereichen des Sozialen und Bildungswesens reduziert zunehmend Krisenreaktions- und Handlungsmöglichkeiten.

Schon jetzt führt dieser Mangel zu einer unübersehbaren Überforderungs-, Versorgungs- und einer umfassenden Qualitätskrise in der Jugendhilfe.

Die Jugendämter der Kreise Segeberg, Pinneberg, Stormarn und des Herzogtum- Lauenburg sowie die Stadt Norderstedt verfolgen diese Entwicklung mit großer Sorge und stehen seit längerem hierzu in einem engeren fachlichen Austausch.

Als Träger der öffentlichen Jugendhilfe wollen wir uns dieser Entwicklung aktiv stellen und im Rahmen unserer Verantwortung den Gestaltungsauftrag annehmen.

Ziel ist, unsere Kräfte für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen effizienter zu bündeln, und Kooperationen und Kollaborationen in den nächsten Jahren zu intensivieren und weiter auszubauen.

Unsere Vision ist, uns gemeinsam so aufzustellen, dass es uns gelingt insbesondere auch in der Zusammenarbeit mit den freien Trägern, zukünftig, trotz des scheinbar unüberwindbaren Mangels an Fachkräften, im Sinne der uns anvertrauten Kinder, Jugendlichen und Familien proaktiv Problemlösungsstrategien für aktuelle und zukünftige fachliche und strukturelle Herausforderungen im Bereich der Jugendhilfe zu erarbeiten und anzubieten.

Perspektivisch bedeutet dieses im ersten Schritt, im Bereich der Inobhutnahme von Kindern, Jugendlichen und minderjährigen Flüchtigen gemeinsamer koordinierter vorzugehen und gemeinsam zusätzlich Unterbringungsressourcen aufzubauen. Schon jetzt ist es aktuell der

Sachbearbeitung	Fachbereichs- leitung	Amtsleitung	mitzeichnendes Amt (bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen: Amt 20)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-----------------	--------------------------	-------------	--	---------------------	---------------------

Fall, dass es den einzelnen Jugendämtern nur mit einer großen Kraftanstrengung gelingt, sich in akuter Not befindende Kinder und Jugendliche adäquat unterzubringen. Dieses begründet sich auch, durch erhebliche Platzknappheit bei den stationären Leistungserbringern.